



## Deutschlands Präsidentschaft in der G20 (I)

Initiativen in der Entwicklungszusammenarbeit

*Arbeitskreis Junge Außenpolitiker*

Zum Mitnehmen

- **Deutschland setzt sich für die Schaffung eines einheitlichen globalen Nachhaltigkeitssiegels ein. Damit schärft es sein Profil als globaler Vorreiter** im Bereich der sozial-ökologischen Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit und Vorbild für die Förderung transparenter und fairer Bedingungen im Herstellungsprozess entlang globaler Wertschöpfungsketten.
- **Deutschland spricht sich für eine globale Infrastrukturinitiative aus, die Grundlage für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist.** Diese Initiative umfasst nicht nur die Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung, sondern berücksichtigt auch den technologischen Vorsprung im Bereich erneuerbarer Energien, der für den deutschen Export bedeutend ist.
- **Deutschland macht sich für eine Reform des Finanzierungssystems von multilateralen Organisationen stark,** die die verlässliche und pünktliche Bereitstellung der Beiträge aller G20-Mitgliedsstaaten einfordert. Dies kann einen wichtigen Impuls an die große Masse der kleineren Beitragszahler senden, ihrer Verpflichtung ebenfalls nachzukommen.

## INHALT

---

### 2 | Hintergrund

### 2 | Einleitung

### 3 | I. Schaffung eines einheitlichen globalen Nachhaltigkeitsiegels

### 5 | II. Anstoß für eine Globale Infrastrukturinitiative

### 7 | III. Initiative zur verlässlichen Finanzierung multilateraler Organisationen

---

### Agenda 2030 als Ausgangspunkt

### Gemeinsame Schnittmengen nutzen

## Hintergrund

Deutschland wird im Dezember 2016 den Vorsitz der „Gruppe der 20“ von China übernehmen. Dieses Forum bringt die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer zusammen seit der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 auf Ebene der Staats- und Regierungschefs. Die Präsidentschaft bietet Deutschland eine Chance, die internationale Agenda zur Bewältigung der vielfältigen globalen Herausforderungen zu prägen. Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, die Präsidentschaft unter den Dreiklang „Stabilität, Zukunftsfähigkeit und Resilienz“ zu stellen.

Der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung macht in diesem und zwei weiteren Papieren Vorschläge, welche Schwerpunkte die Bundesregierung setzen und welche Ideen zur Lösung weltweiter Probleme sie insbesondere im Rahmen der G20 verfolgen sollte. Der außenpolitische Nachwuchs leistet damit einen Beitrag zur konkreten Ausgestaltung der internationalen Verantwortung Deutschlands.

In diesem ersten Papier geht es um nachhaltige Entwicklungspolitik. Die beiden weiteren Papiere befassen sich mit der Förderung des globalen Wirtschaftswachstums und der Bedeutung globaler Gesundheit für Sicherheit und Stabilität.

## Einleitung

Deutschland strebt mit seinen entwicklungspolitischen Maßnahmen eine nachhaltige und spürbare Verbesserung der Lebensumstände der Menschen in den Zielländern an. Der Erfolg dieser Maßnahmen hängt dabei nicht allein von den politischen und finanziellen Anstrengungen Deutschlands ab, sondern vor allem von der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Ländern der G20-Gruppe zur Umsetzung der Agenda 2030. Diese umfasst 17 Ziele zur Förderung nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), auf die sich die internationale Gemeinschaft 2015 geeinigt hat. Nur gemeinsam können globale Reformen und Initiativen angeregt werden, die auf internationaler und lokaler Ebene zu positiven Entwicklungen führen. Auch wenn die Interessen innerhalb der G20 oft unterschiedlich sind, gibt es auch große Schnittmengen, bei denen eine stärkere Zusammenarbeit aller G20-Mitglieder Vorteile entfalten würde.

Die hier vorgeschlagenen entwicklungspolitischen Initiativen zielen auf diese Schnittmengen der G20. Es handelt sich erstens um die Schaffung eines einheitlichen globalen Nachhaltigkeitsiegels, zweitens eine globale Infrastrukturinitiative und drittens um eine Reform des Finanzierungssystems von multilateralen Organisationen. Die Bundesregierung könnte mit allen drei Initiativen wichtige Impulse setzen und Deutschlands internationalen Ruf als Gestaltungsmacht in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit weiter stärken.

## I. Schaffung eines einheitlichen globalen Nachhaltigkeitssiegels

### 1. Initiative

Deutschland sollte sich im Rahmen seiner G20-Präsidentschaft 2017 für die Schaffung und Anerkennung eines globalen (industrie- und produktübergreifenden) Nachhaltigkeitssiegels für Produktions- und Lieferketten einsetzen.

### 2. Ziel

Die Initiative zur Schaffung eines einheitlichen globalen Nachhaltigkeitssiegels verfolgt im Wesentlichen drei Ziele, die eng miteinander verbunden sind. Erstens soll dadurch **mehr Transparenz in den weltweiten Produktions- und Lieferketten** hergestellt werden. Mehr Transparenz heißt, durch ein Siegel mehr Informationen über die konkreten Sozial- und Arbeitsbedingungen während des Herstellungsprozesses entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette verfügbar zu machen. Ein Mehr an Transparenz kann und soll auch dazu beitragen, internationale Aufmerksamkeit auf Produkte zu lenken, die in Konfliktregionen hergestellt werden, in denen Sozial- und Arbeitsstandards regelmäßig verletzt werden.

Mehr Transparenz

Zweitens soll ein globales Nachhaltigkeitssiegel zu mehr **Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit in der Setzung nachhaltiger Zertifizierungsstandards** in teilweise stark fragmentierten Märkten beitragen. Momentan gibt es eine Vielzahl nationaler und internationaler Umwelt- und Sozialsiegel mit teils sehr unterschiedlichen Kriterien, Standards und Überprüfungsmechanismen. Dies macht die Zertifizierung für Produzenten und das Verständnis für Verbraucher unnötig komplex. Ein einheitliches globales Siegel müsste daher die drei Nachhaltigkeitsdimensionen ökologisch, sozial und ökonomisch berücksichtigen. Diese drei Nachhaltigkeitsdimensionen würden als flexible<sup>1</sup> produktübergreifende Mindeststandards fungieren. Insgesamt sollte das Siegel zunächst wenige, zentrale Standards adressieren, die am ehesten zu einer Beseitigung von Missständen beitragen. Dazu gehört beispielsweise, dass die zertifizierten Produkte frei von ausbeuterischer Arbeit sind und kein massiver Raubbau an der Natur getrieben wurde. Durch die Begrenzung auf wenige, eindeutige Kriterien gemäß dem Motto „worst first“ gewinnt die Initiative an Profil und wird global umsetzbar.

Übersichtlichkeit in stark fragmentierten Märkten schaffen

Begrenzung auf wenige Standards

Drittens würden durch mehr Einheitlichkeit und Transparenz gleichartige Standards und damit auch **ähnlichere Bedingungen für alle Marktteilnehmer** (*level playing field*) als heute geschaffen werden. Dies wäre insbesondere ein nachhaltiger positiver Beitrag für Produzenten aus Entwicklungsländern, die sich an global einheitlichen Produktionsstandards orientieren könnten.

### 3. Vorgehen

Für die erfolgreiche Schaffung, Umsetzung und das spätere Monitoring eines globalen Nachhaltigkeitssiegels sind im Vorfeld mehrere Aspekte zu berücksichtigen: Erstens sollte festgelegt werden, welche Organisation für die Vergabe und das Monitoring des Siegels am besten geeignet wäre bzw. ob gegebenenfalls an bestehende Strukturen angeknüpft werden kann. Da ein global einheitliches Siegel angestrebt wird, erscheint es sinnvoll, eine bereits bestehende internationale Organisation auf VN-Ebene mit möglichst vielen Mitgliedsländern als zentrale Instanz zu bestimmen. Denkbar wäre die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development, UNCTAD), da diese bereits mit Themen des globalen Handels und der Entwicklung befasst ist. Mit 194 Mit-

Vergabe durch VN-Organisation

UNCTAD als teilnehmende Organisation einladen

gliedsstaaten steht sie zudem für breite Repräsentativität und für politische Neutralität. Um den Aufgaben einer Watchdog-Organisation für globale Nachhaltigkeitsstandards in vollem Umfang gerecht werden zu können, wäre es erforderlich, das Mandat und die personelle Ausstattung der UNCTAD ihrem neuen Auftrag gemäß zu erweitern. Die Bundesregierung könnte daher im G20-Rahmen die UNCTAD als teilnehmende Organisation einladen, um das Projekt zur Schaffung eines globalen Nachhaltigkeits Siegels bereits früh international politisch aufzuwerten.

Gesamte Produktions- und Lieferkette inspizieren

Mit einem erweiterten Mandat und mehr Personal wäre es fortan die Aufgabe der UNCTAD, einheitliche Nachhaltigkeitsstandards für das globale Siegel zu erarbeiten, festzulegen und ihre Mitglieder bei der Umsetzung und beim Monitoring zu begleiten und unterstützen. Die G20 könnte die UNCTAD bereits in der Anfangsphase der Erarbeitung einheitlicher Nachhaltigkeitsstandards unterstützen. Insbesondere schwache Staaten mit wenig Erfahrung in der Anwendung internationaler Nachhaltigkeitsstandards könnten von der begleitenden Unterstützung durch die UNCTAD insbesondere im Bereich Berichterstattung und Rückverfolgung profitieren. Um ein möglichst umfassendes Monitoring gewährleisten zu können, müsste die UNCTAD die gesamte Produktions- und Lieferkette inspizieren können, was bei der momentanen Komplexität und dem Umfang internationaler Produktions- und Warenströme jedoch sehr personal- und kostenintensiv wäre. Damit verbunden sind auch Fragen, ob z.B. für ein globales Nachhaltigkeits Siegel auch die Aspekte der stofflichen Wiederverwertung (Kreislaufwirtschaft) eine Rolle spielen sollten. Zu diskutieren wäre auch die Frage, ob bestimmte Wirtschaftsbranchen aufgrund ihrer Relevanz<sup>2</sup> für die Weltwirtschaft priorisiert und zügiger zertifiziert werden sollten als andere. Da das Siegel zunächst als freiwillige Nachhaltigkeits- und Transparenzinitiative konzipiert ist, muss auch der Aspekt der möglicherweise ausbleibenden Beteiligung durch die Produzenten (Unternehmen) mit bedacht werden.

Siegel bei Verstößen aberkennen

Damit die UNCTAD als glaubwürdige Monitoring-Organisation auftreten kann, muss sie zudem berechtigt sein, das Siegel bei Verstößen gegen die Nachhaltigkeitskriterien wieder aberkennen zu können. Die Möglichkeit der Aberkennung darf sich allein an der konsequenten Befolgung der von ihr festgelegten und im Vorfeld ausgehandelten Kriterien orientieren. Die Bundesregierung könnte hier eine wichtige Rolle bei der globalen Einführung hoher Umwelt- und Sozialstandards im Rahmen der UNCTAD spielen und ihre Expertise einbringen, wie bereits im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit geschehen<sup>3</sup>. Damit könnte ein wichtiger Anstoß im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit geleistet und eine VN-Organisation zusätzlich politisch gestärkt werden. Dies wäre ein wertvoller Beitrag im Rahmen eines effektiven Multilateralismus.

#### 4. Begründung

Einheitliche branchenweite Transparenz- und Nachhaltigkeitsstandards

Trotz unterschiedlicher Interessen innerhalb der G20-Gruppe gibt es eine Reihe von EU-Staaten, die ein besonderes Interesse an der Schaffung von einheitlichen branchenweiten Transparenz- und Nachhaltigkeitsstandards haben. Nicht nur in den westlichen Industriestaaten, sondern auch in Schwellenländern gibt es mittlerweile eine wachsende Anzahl an Unternehmen, die von einem „sauberen“ Image ihrer Produkte profitieren bzw. von einer zunehmend kritischen internationalen Öffentlichkeit beobachtet werden.

Produzenten und Verbraucher profitieren von einem einheitlichen Produktionssiegel

Dies trifft insbesondere für Unternehmen in den westlichen Industrieländern, aber zunehmend auch in den Entwicklungsländern zu. Ein einheitliches Produktsiegel könnte hier für alle Produzenten ein Gewinn an tatsächlicher Nachhaltigkeit und öffentlichem Verbrauchervertrauen sein. Durch die Marktmacht der G20 könnte

damit ein Prozess angestoßen werden, der auf vielen Ebenen bereits läuft, jedoch nach wie vor fragmentiert und damit wenig effektiv umgesetzt wird.

Der Zeitpunkt für eine solche Initiative, die von Deutschland angestoßen wird, wäre günstig, da momentan auf EU-Ebene Transparenzmechanismen beim Handel mit Konfliktmineralien verhandelt und weiterentwickelt werden. Deutschland könnte mit dieser Initiative sein Profil als weltweit führendes Land im Bereich der sozial-ökologischen Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit weiter schärfen.

## II. Anstoß für eine Globale Infrastrukturinitiative

### 1. Initiative

Deutschland setzt sich für die Weiterentwicklung des G20 Global Infrastructure Hub und eine deutlich verbesserte Mittelausstattung zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen ein, die im Einklang mit nationalen Strategien sind, wie beispielsweise der Förderung „sauberer Energie“ oder auch der beruflichen Ausbildung „on the job“.

### 2. Ziele

Mit der Initiative zur Weiterentwicklung des G20 Global Infrastructure Hub und einer deutlich besseren und breiteren Finanzausstattung für Infrastrukturprojekte soll eines der größten strukturellen Probleme wirtschaftlicher Entwicklung adressiert werden, das sowohl in den Industrienationen als auch in Schwellenländern Wachstum begrenzt. Damit soll erstens erreicht werden, dass **in alle Bereiche der Infrastruktur investiert wird** und der geschätzte Investitionsbedarf von 20 Billionen US-Dollar bis 2030 auch erreicht wird.<sup>4</sup> Zweitens soll dafür gesorgt werden, dass mehr finanzielle Mittel in Form von Public-Private-Partnerships für den mittel- und langfristigen Infrastrukturausbau mobilisiert werden. Drittens soll mit einer verbesserten Infrastruktur auch eine **belastbare Grundlage für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gelegt werden**, um das volle Potential vertiefter, internationaler Arbeitsteilung und Globalisierung entfalten zu können.

### 3. Vorgehen

Die 2014 von der australischen G20-Präsidentschaft angestoßene Schaffung eines G20 Global Infrastructure Hubs hatte zum Ziel, die Koordination von Infrastrukturmaßnahmen zu verbessern und zu diesem Zweck Daten und Wissen für interessierte Staaten, Unternehmen und Organisationen zu sammeln und bereitzustellen. Angesichts des unvermindert bestehenden Investitionsbedarfs in öffentliche Infrastruktur sollte der G20 Global Infrastructure Hub aber über die 2014 festgeschriebene Laufzeit von drei Jahren hinaus verlängert werden. Deswegen sollte die deutsche Präsidentschaft sich dafür einsetzen, das G20 Global Infrastructure Hub über das ursprüngliche Zieldatum hinaus zu erhalten und mit entsprechenden Mitteln auszustatten. Die Bundesregierung sollte dabei deutlich machen, dass eine solche institutionelle Begleitung eines G20-Zieles zwar ungewöhnlich, aber angesichts des enormen Bedarfs zu rechtfertigen ist.

Deutschland sollte seine Präsidentschaft nutzen, die G20 für die Fortsetzung des G20 Global Infrastructure Hub zu gewinnen. Gleichzeitig muss dies mit einer deutlichen Mittelaufstockung für die infrastrukturfördernden Banken verbunden sein.

Günstiger Zeitpunkt für die Einführung eines globalen Siegels

G20 Global Infrastructure Hub weiterentwickeln

Umfassende Investitionen in den Infrastrukturausbau sind unerlässlich

Laufzeit des Global Infrastructure Hub verlängern

Enormer Bedarf rechtfertigt institutionelle Begleitung

Zudem sollten sich die G20-Nationen zu höheren Investitionen in die heimische Infrastruktur und regelmäßige Berichterstattung verpflichten.

Die G20-Staaten sollten ihre einzigartige Zusammensetzung zudem nutzen, um nachhaltige Infrastrukturförderung im Sinne der SDGs zu einer überregionalen Priorität zu machen, die Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer betrifft. Regionale Schwergewichte wie Brasilien, China, Indien und Indonesien können durch ihre Mitgliedschaft in unterschiedlichen Regionalorganisationen einen hohen Multiplikatoreffekt generieren, der über die Staaten der G20 hinausreicht.

#### 4. Begründung

Der Bedarf an Investitionen in Infrastruktur ist sowohl in den Industrienationen, als auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern immens. Während in den Industrienationen der Erhalt vorhandener Infrastruktur Milliardensummen verlangt – gedacht sei hier vor allem an den Ersatz veralteter Straßen, Brücken und Schienen –, fehlt es in Entwicklungs- und Schwellenländern oft an rudimentärer infrastruktureller Grundausstattung. Gerade in afrikanischen Entwicklungs- und Schwellenländern gibt es oft keine Eisenbahnnetze und nur unzureichende Straßen und Autobahnverbindungen. Ähnliches gilt für die Strom- und Wasserversorgung. Auch verlangt der Ausbau erneuerbarer Energieträger in allen Ländern nach neuen Transmissionstrassen, um das bestehende Stromnetz zu erweitern. In Entwicklungs- und Schwellenländern existieren ausreichend belastbare Stromnetze zum Teil noch gar nicht. So haben in Afrika noch immer mehr als 600 Millionen Menschen keinen Zugang zur Elektrizitätsversorgung. Und dort, wo Haushalte an Stromnetze angeschlossen sind, gibt es keinerlei Garantie auf stabile Stromversorgung.

Die Erneuerung der Infrastruktur in den Industrienationen ist eine wesentliche Voraussetzung, um den erreichten hohen Lebensstandard aufrecht halten zu können. Angemessene Investitionen in die Infrastruktur haben zudem einen wachstumsfördernden Effekt, von dem die globale Wirtschaft profitieren würde. In den Entwicklungs- und Schwellenländern würde der massive Ausbau der Infrastruktur nicht nur die unmittelbaren Lebensbedingungen verbessern, sondern auch die Teilhabe an der Globalisierung und ihren positiven ökonomischen Effekten erleichtern. In Afrika würde der Ausbau der Infrastruktur durch die Förderung intraregionalen Handelns zusätzliches Wachstumspotential freisetzen (Stichwort: „subregionale Konnektivität“).

Deutschland hat als stark exportorientierte Wirtschaftsmacht großes Interesse an der Ausweitung seiner Absatzmärkte und an der Beseitigung von Wachstumshürden, allen voran der fehlenden Infrastruktur. Gleichzeitig kann Deutschland seine Position als Meinungsführer auf dem Gebiet nachhaltiger Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung dadurch unterstreichen und seinen technologischen Vorsprung insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien für den eigenen Export geltend machen.

Infrastrukturförderung  
als überregionale Prio-  
rität

In Entwicklungslän-  
dern fehlt es oft an  
rudimentärer infra-  
struktureller Grund-  
ausstattung.

Infrastruktur als Vor-  
aussetzung für hohen  
Lebensstandard

Es liegt im deutschen  
Interesse, Wachs-  
tumshürden abzu-  
schaffen.

### III. Initiative zur verlässlichen Finanzierung multilateraler Organisationen

#### 1. Initiative

Verlässliche Finanzierung von multilateralen Organisationen notwendig

Deutschland unterstützt im Rahmen seiner G20-Präsidentschaft eine Initiative zur verlässlichen Finanzierung multilateraler Organisationen, insbesondere des VN-Systems. Die G20-Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihren Zahlungszielen fristgerecht nachzukommen und so einen Impuls an alle Beitragszahler zu geben. Angesichts der derzeitigen globalen, humanitären Herausforderungen wie der Flüchtlingswelle in Europa ist der Bedarf einer solchen Initiative sehr hoch einzuschätzen. Gleichzeitig werden überholte Sonderlösungen und Rabatte bei der Beitragsberechnung abgeschafft und so ein effizienteres und transparentes Finanzierungssystem geschaffen.

#### 2. Ziel

UNHCR und WFP durch Finanzierungslücken stark eingeschränkt

Die Arbeitsfähigkeit und die Planungsmöglichkeiten multilateraler Organisationen, insbesondere des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCR) und des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (UN World Food Programme, WFP) sind durch Finanzierungslücken und Zahlungsrückstände stark eingeschränkt. Als verlässlicher Beitragszahler kann Deutschland gemeinsam mit den G20-Partnern einen glaubwürdigen Appell an alle Mitgliedsstaaten richten, um eine **pünktliche Bereitstellung der veranschlagten Finanzmittel zu garantieren**.

#### 3. Vorgehen

Selbstverpflichtung zur Begleichung der finanziellen Beiträge als Impuls

Die Selbstverpflichtung der G20-Mitgliedsstaaten zur verlässlichen Begleichung ihrer Beiträge zum VN-System wirkt als Impuls auf andere Mitgliedstaaten.

Gleichzeitig kann sich Deutschland dafür einsetzen, **die Mindestbeitragsrate der am wenigsten entwickelten Länder zum regulären VN-Budget von 0,001% auf 0,01% aufzustocken**. Der symbolisch niedrige Beitrag ist angesichts des weltweiten Wachstums insbesondere in Entwicklungsländern nicht zeitgemäß, weshalb eine Rückkehr zum bis 1998 geltenden Beitrag angestrebt werden sollte. Zudem könnte parallel die Obergrenze für Beiträge der am wenigstens entwickelten Länder (derzeit 0,01%) aufgehoben werden.

Die ungleiche Belastung der Mitgliedsstaaten kann zudem durch die **Aufhebung des Steuerausgleichs (tax equalization)** sowie die **Abschaffung der Reisekostenzuschüsse für am wenigsten entwickelte Staaten** angeglichen werden. Luxuriöse Standards der Delegationsreisen zeigen, dass diese Zuschüsse nicht mehr zeitgemäß sind und die entsprechenden Aufwendungen aus dem nationalen Budget gestemmt werden können. Dies reduziert zudem den Verwaltungsaufwand und schafft Raum für mehr Transparenz und Gleichwertigkeit in der Praxis.

Gerechtere Lastenteilung

Durch die Abschaffung des Steuerausgleichs könnten die USA zur Zahlung ihrer ausstehenden Beiträge bewegt werden. Gleichzeitig würden die Beiträge anderer Mitgliedstaaten im wirtschaftlich verträglichen Ausmaß steigen. Dies stärkt die Verhandlungsmacht gegenüber symbolischen Beitragszahlern, die ihrer Verpflichtung mit Verweis auf säumige Hauptzahler nicht nachkommen. Mittelfristig trägt dies nicht nur zu einer verlässlicheren Mittelausstattung erprobter Institutionen, sondern auch zu einer gerechteren Lastenteilung unter den Mitgliedstaaten bei.

#### 4. Begründung

Budgetengpässe ver-  
zögern Reaktions- und  
Planungsfähigkeit

Der Bedarf an humanitärer Hilfe ist einem Bericht des VN-Generalsekretärs zufolge seit dem Jahr 2000 durch die Zunahme an Krisen und Naturkatastrophen um das Zwölfwache gestiegen. Die Unterfinanzierung und die sich daraus ergebende Überlastung zentraler Organisationen und Agenturen des Systems der Vereinten Nationen wie des UNHCR und des WFP wurden 2015 im Kontext des Flüchtlingsstroms sichtbar. Eine mangelhafte Zahlungsmoral zahlreicher Mitgliedsstaaten verschärft die chronische Unterfinanzierung einiger Agenturen und Programme. Einige Mitgliedstaaten haben ihre Zahlungsziele – zumeist politisch motiviert – seit Jahren nicht erfüllt. Deutschland erfüllt seine Zahlungsziele regelmäßig und kann so einen glaubwürdigen Appell an alle VN-Mitgliedsstaaten senden.

Verbesserte Planbar-  
keit

Die Staaten der G20 stemmen gemeinsam mehr als 80% der Beiträge zum regulären Budget des VN-Systems. Jedoch gibt es auch in diesem Kreis eine Minderheit an Staaten, die ihren Beitrag nicht verlässlich leistet. Eine Selbstverpflichtung der G20 zur pünktlichen Bereitstellung der Mittel kann einen Impuls an die große Masse der kleineren Beitragszahler senden, ihrer Verpflichtung ebenfalls nachzukommen. Dies trägt zu einer gerechteren Lastenteilung, zur Förderung nachhaltiger Entwicklung sowie zu einer besseren Planbarkeit bei gleichzeitiger Reduktion des Verwaltungsaufwands des VN-Systems bei.

- 1| „Flexibel“ heißt, dass sich die Anforderungen des Siegels stets an den neusten technologischen, sozialen und ökologischen Standards orientieren. Diese müssen stets überprüft und angepasst werden. Flexibel bedeutet nicht, dass Standards verhandelbar sind, sondern dass ein für alle Akteure gültiger Standard zu gelten hat.
- 2| Relevanz gemessen am Umfang der produzierten Waren und der Anzahl von Beschäftigten (bspw. Agrar- und Textilindustrie).
- 3| Der Ansatz der GIZ beispielsweise nimmt die Kriterien der Bundesregierung hinsichtlich hoher Umwelt- und Sozialstandards auf (<https://www.giz.de/fachexpertise/html/6865.html>).
- 4| Vgl. G20 Infrastructure Hub, About, online (<http://globalinfrastructurehub.org/about/>).



## Autorinnen und Autoren

*Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Informationen unter  
[www.kas.de/jungeaussenpolitiker](http://www.kas.de/jungeaussenpolitiker)

## Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

*Ansprechpartner:*

**Dr. Patrick Keller**

*Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik*

*Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit*

*Telefon: +49(0)30/26996-3510*

*E-Mail: [patrick.keller@kas.de](mailto:patrick.keller@kas.de)*

*Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin*

*ISBN 978-3-95721-235-1*

[www.kas.de](http://www.kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

Bildvermerk Titelseite  
MARCIN NDerivative work:  
Durero (talk) - Wikimedia  
Commons, CC BY-SA 2.5